

Energiewirtschaft betreffende Sanierung. Ein anderes Konzept habe ich bisher noch nicht gesehen, das das alles berücksichtigen würde. Über andere Konzepte wurde gesprochen, aber ich muß befürchten, daß andere Konzepte irgendwo lukrative Teilbereiche sehen, wo eingestiegen werden könnte, und große Bereiche, die genauso wichtig sind für die umfassende Energieversorgung unseres Landes, dann außer acht gelassen würden.

Das Bundeskartellamt und das Gewerbeaufsichtsamt der DDR werden diese Verträge prüfen. Ihre Entscheidung sollte für uns als Parlament Maßstab sein. Aber wir sollten diese Entscheidungen bitte nicht hier vorwegnehmen.

Wenn der Vertrag und die Diskussion bewirkt haben, daß die Anbieter auf dem Energiesektor breiter werden, dann ist dagegen prinzipiell erst einmal auch aus meiner Sicht nichts einzuwenden. Dann hat diese Diskussion zumindest diesen Vorteil gebracht, denn niemand hat behauptet, daß absolut keine anderen Anbieter und keine anderen Investoren in das Land gelassen werden sollen.

Aber ich möchte noch einmal wiederholen: Wir laufen Gefahr, durch unüberlegte Experimente den sensibelsten Bereich, die Grundlage unserer Wirtschaft, zu schwächen und damit einen Wirtschaftsaufschwung schwieriger zu machen, ganz abgesehen von den Arbeitsplätzen, vor allen Dingen in der Kohle, aber auch in der Energiewirtschaft, die wir damit gefährden. - Schönen Dank.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Es sind hier Fragen. Möchten Sie die Fragen beantworten? - Dann fangen wir hier außen an und gehen nach innen.

#### **Dr. Heltzig (SPD):**

Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege, daß der Vertrag vom 15. 6. und auch die Neufassung vom 29. 6. sowohl gegen die Kommunalgesetzgebung als auch gegen das Treuhandgesetz verstößt?

Zweitens: Ist Ihnen bekannt, daß z. B. in Baden-Württemberg das Land und die Kommunen gemeinsam stets die Mehrheit halten und den Vorteil haben, sowohl bei Standortfragen als auch bei Trassenfestlegungen das letzte Wort zu sprechen und z. B. die Stadt Stuttgart jährlich auf diese Weise 90 Mio Mark einnimmt?

(Vereinzelt Beifall bei SPD und PDS)

Und ist Ihnen drittens bekannt,

(Zuruf: Fragen!)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Es sind alles korrekte Fragen.)

Frage Nummer 3 -, daß in der DDR der Sächsische Städte- und Gemeindetag bereits gegen diesen Vertrag Klage eingelegt hat?

#### **Klinkert (CDU/DA):**

Zunächst mal zu dem, was die rechtliche Frage betrifft. Dafür ist ja das Gewerbeaufsichtsamt angerufen worden, und die Vertragsentwürfe, von denen Sie gesprochen haben, die enthalten eindeutig die Klausel, daß die Zustimmung sowohl des Gewerbeaufsichtsamtes als auch des Kartellamtes der Bundesrepublik vorliegen muß, ehe diese Verträge überhaupt rechtswirksam werden. Sollten dort also Bedenken drin sein, dann werden diese Gremien das sicherlich verantwortungsbewußt prüfen.

Und zum anderen, was Ihre Strukturmodelle betrifft, Sie müssen eben davon ausgehen, daß in der Bundesrepublik über 40 Jahre ein effektives modernes Stromverteilungsnetz gewachsen ist. Was wir im Moment hier vorfinden, ist ein am Zusammenbrechen befindliches System, das zunächst erst einmal Investitionen - ich sagte es in der vorigen Woche schon - in zweistelliger Milliardenhöhe erforderlich macht.

Der Zeitpunkt, wo in der DDR am Strom echt erst mal Geld zu verdienen sein wird, der ist doch in einige Ferne gerückt, und da sieht eben der Vertrag durchaus die Möglichkeit der Entflechtung zu einem späteren Zeitpunkt vor.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Bitte schön.

#### **Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Kollege! Ich beziehe mich auf ihre Bemerkung, daß die Volkskammer doch nicht die Aufgabe hätte, die Regierung zu kontrollieren und ihr damit die Arbeit schwerer zu machen.

(Proteste bei CDU/DA)

Könnten Sie das noch einmal etwas präzisieren, was Sie damit gemeint haben?

(Protestrufe von CDU/DA)

#### **Klinkert (CDU/DA):**

Moment mal! Ich habe niemals gesagt, daß es nicht die Aufgabe der Volkskammer wäre, die Regierung zu kontrollieren. Das ist sehr wohl unsere Aufgabe. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, die Regierung handlungsunfähig zu machen durch das Hineinbringen von Halbwahrheiten und das Verdrehen von Worten, wie Sie das eben gemacht haben.

(Beifall CDU/DA)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Bitte schön, der Abgeordnete Nooke.

#### **Nooke (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Abgeordneter! Sie haben, wenn ich davon ausgehe, daß das, was mir von Herrn Richter als Rede übergeben wurde, weil wir ja nicht anwesend waren vom Wirtschaftsausschuß, das, was er vorgetragen hat, dann haben Sie einfach auch etwas unrichtig wiedergegeben. Ich möchte das richtig stellen. Die 19 Stimmen dafür und eine Gegenstimme bei 2 Stimmenthaltungen wurden gefaßt vom Betriebsteil des Kraftwerkes Boxberg mit dem Vorspann, daß er sein Befremden ausgesprochen hat und daß er es unter den gegebenen Umständen befürwortet, diesen Zusammenschluß zu führen.

Dr. Richter hat gestern gesagt, fraglich bleibt die Art und Weise der Eingliederung des Kraftwerkes Boxberg. Ich will fragen, ob Ihnen das bewußt ist. Die Verweigerung des langfristigen Abnehmervertrages durch das Kombinat Verbundnetze hat eine für Boxberg nicht lösbare Zwangslage geschaffen, die nur eine Entscheidung zum Beitritt zur Vereinigten Kraftwerksaktiengesellschaft zuließe und daß das genau im Zusammenhang mit dem hier angesprochenen Vertrag mit den drei großen Energieunternehmen bestand, nämlich daß die ein Interesse daran hatten.

Sehen Sie nicht das auch als die entscheidende Grundfrage auch des vom Untersuchungsausschuß Geleisteten, sagen wir mal, Aufdeckungsaktes, der doch nicht ganz sinnlos war?

(Vereinzelt Beifall bei SPD)

#### **Klinkert (CDU/DA):**

Die Entscheidung bezüglich des Verbundnetzes ist keine Entscheidung des Ministers gewesen.

#### **Von Ryssel (Die Liberalen):**

Herr Klinkert, Sie setzen Ihre Hoffnung auf das Amt für Wettbewerbsschutz, darauf, daß es den Vertrag unterbinden kann. Ist Ihnen bekannt, daß es den Erfolg bei der Geschichte mit der Allianz-Versicherung nicht durchsetzen konnte, daß das Ministerium für Wirtschaft dieser Fusion zustimmen ließ.

Zweitens: Geben Sie mir Recht: Wenn Sie schon einen alten Gaul haben - als den Sie die Energiewirtschaft bezeichnen - und dann auf diesen alten Gaul noch sehr alte Reiter setzen -

(allgemeine Heiterkeit)

Ich rede von den alten Betriebsdirektoren -, daß Sie dann mit diesem alten Gaul wirklich nichts anfangen können. Wäre es nicht besser, dann neue Reiter draufzusetzen.

(Beifall bei Liberalen und SPD)